

New Yorker Anwalt geht für Apartheid-Opfer vor Gericht

Am Montag reicht Michael Hausfeld neue Klagen ein

Am Montag wird Michael Hausfeld in New York im Namen von über 30 000 Apartheid-Opfern Klagen gegen 30 Unternehmen in verschiedenen Ländern einreichen, darunter solche aus der Schweiz.

Luzy Bernet

Nach der «NZZ am Sonntag» vorliegenden Informationen wird der amerikanische Anwalt Michael Hausfeld am Montag die Klagen von über zwanzig Apartheid-Opfern einerseits und der Selbsthilfeorganisation «Khulumani» andererseits einreichen. «Khulumani» vertritt die Interessen von über 30 000 Apartheid-Opfern. Lanciert wird die Kampagne südafrikanischer Kirchen- und Menschenrechtskreise allerdings erst am Dienstag an einer Pressekonfe-

renz in Johannesburg. Damit wollen die Kläger unterstreichen, dass ihr Hauptinteresse den Opfern des Apartheidregimes gilt und deren Recht auf Wiedergutmachung.

Hausfelds Klage richtet sich gegen dreissig Unternehmen in aller Welt, darunter auch die UBS, die Credit Suisse Group und andere Schweizer Unternehmen. Den Unternehmen wird vorgeworfen, das Apartheidregime unterstützt zu haben und für Schäden und Verletzungen einzelner Opfer direkt verantwortlich zu sein. Die Klage stützt sich wesentlich auf die von der Uno seinerzeit beschlossenen Resolutionen gegen Südafrika. Diese beweisen nach Ansicht der Kläger, dass sich die beklagten Unternehmen dessen bewusst waren, dass sie ein verbrecherisches Regime unterstützten. Lange Zeit war unklar, wann Hausfeld seine Klage einreichen würde. Dass er jetzt

vor einem New Yorker Gericht vorstellig wird, hängt nach Ansicht von Beobachtern mit aktuellen Entwicklungen in den von Ed Fagan eingereichten Apartheid-Klagen zusammen. Nach Auskunft des Büros des zuständigen New Yorker Richters Richard Conway Casey wollen die beklagten Firmen demnächst Anträge auf Abweisung einreichen. Ausserdem dürften die Apartheid-Klagen bald zusammengelegt werden. Wenn Michael Hausfeld bei allfälligen späteren Vergleichsverhandlungen eine Schlüsselstellung einnehmen will, muss er sich jetzt einschalten.

Sowohl die schweizerische als auch die südafrikanische Regierung haben bisher sehr zurückhaltend auf die Sammelklagen reagiert.

► Seite 11